

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 15. Juli 1922

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tagesanzeigen 1 Mh., die sonstigen Anzeigen 5 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 81

51te Generalversammlung des Verbandes

Achter Verhandlungstag (10. Juli)

Abendklausur

Zur Verhandlung gelangt Punkt XV: „Wahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, der Sekretäre und der Redakteure“.

Fiedler (Berlin): Wir haben beim Geschäftsbericht die notwendige Kritik an der Verbandspolitik geübt, aber dabei auch zum Ausdruck gebracht, daß wir die Kritik nicht mit Personen verknüpfen. Weil wir der Überzeugung sind, daß beide Verbandsvorstehenden das Menschensögliche getan, haben wir gegen ihre Wiederaufstellung nichts einzuwenden.

Namens der Opposition schlägt Napp vor, an Stelle von Hannack Vorstand als Verbandssekretär zu wählen. Ferner als Redakteure Schaeffer und Silger (Leipzig) sowie Fiedler (Berlin).

Prox gibt seiner Verwunderung über die Vorschläge Napps Ausdruck, zumal diese jeder Begründung entbehrten. Zielklarheit wünscht man lediglich. Was uns die Opposition im Laufe dieser Tage gesagt hat, war beileibe nicht ablehnend, sondern verworren. Es besteht durchaus kein Anlaß, eine andre Besetzung der Redakteurstellen vorzunehmen.

Albrecht (Köln): Prox hat bereits darauf verwiesen, daß die Wahl der Redakteure nicht als Personalauswahl liegen nicht vorgebracht wurden. Es ist eine Inkongruenz, wenn von Oppositionsseite gesagt wurde, daß keine Verquickung der Kritik mit Personen stattfinden soll. Die Vorschläge lassen das Gegenteil erkennen.

Napp macht einige kurze Ausführungen zur Begründung seiner Vorschläge.

Schleifer: Der Vorstand sollte klarstellen, ob er mit Hannacks Fähigkeit zufrieden ist. Andere Redakteure haben die Pflicht, den „Korr.“ im Sinne der Generalversammlungsbeschlüsse zu leiten. Aber die Schreibweise wird immer Streit herrschen.

Schweiniß legt die Verhältnisse auf dem Verbandsbureau klar. Hannack wurde ihm zur Unterstützung beigegeben. Eine Enarbeltung war notwendig, und diese erfolgte so, daß Zufriedenheit darüber besteht.

Wiskang: Die hier gemachten Vorschläge sind nicht zu verstehen, wenn man sich den Gang der „Korr.“-Debatte vergegenwärtigt. Anerkennung bewährte Kräfte auf solche Weise aufzuküpfeln, das würde in weiten Kollegenkreisen nicht verstanden werden.

Seiß: Verbandskenntnisse, die er sich auf der Frankfurter Akademie erworben, sollen dem Verbandsbestimmten nicht verloren gehen. Die Arbeit der Redaktion ist zwar kritischer, aber auch anerkannt worden, daß durch einen freieren Zug im „Korr.“ den Zeitverhältnissen Rechnung getragen worden ist. Es wäre unlogisch, ein Mädchen aus dem Organismus der Redaktion herauszunehmen. Schaeffer unterbreicht diese Ausführungen.

Vorband verzichtet darauf, die Arbeit Hannacks auszuüben.

Dann wird zur Vornahme der Wahlen geschritten. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt antragsgemäß per Akklamation. Es werden gewählt gegen eine kleine Minderheit: Seiß als erster Vorsitzender, Krauß als zweiter Vorsitzender, Schweiniß als Kassierer, Glaser als Hauptverwalter, Fülle, Föhne und Hannack als Sekretäre. Die Wahl der Redakteure erfolgt auf schriftlichem Weg. Es entfallen auf Schaeffer 135, Helmholz 113, Krauß 106, Silger 36, Fiedler 35 Stimmen.

Die Gewählten danken in kurzen Worten denen, die ihnen ihr Vertrauen geschenkt haben.

Krauß berichtet nacheinander über die Verhandlungen der zehnjährigen Kommission mit der Prinzpalzvertretung in Leipzig zur Beilegung des Berliner Konflikts. Der abgeschlossene Vergleichsvorschlag sieht eine Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag resp. am Mittwoch vor. Bei der Arbeitsaufnahme sollen die Gehilfen 300 Mh., die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre 250 Mh., und Jugendliche 150 Mh. erhalten. Mahrgelungen dürfen nicht stattfinden. Die Streikstage werden nicht bezahlt. Die Kommission hatte ihre Zustimmung zu diesem Vergleichsvorschlag gegeben, um die morgigen Tarifverhandlungen nicht zu erschweren. Um das Ab-

kommen einer Verarmung zur Beschlußfassung vorzulegen, ist Kollege Ebel sofort nach Berlin gefahren. Ein eben eingegangenes Telegramm Mallin's befragt allerdings, daß die Berliner Generalversammlung heute beschließen hat, die Forderung auf 500 Mh. zu erhöhen sowie die Herstellung der Gewerkschaftsblätter und die Beilegung der Notenzelle abzulehnen. Es wird in dem Telegramm um finanzielle Unterstützung ersucht.

An diese Mitteilungen schließt sich eine Aussprache, an der sich Bierack, Fiedler, Krauß und Riesebeck beteiligen.

Es folgte Punkt VI: „Stellungnahme zu den Anträgen betreffend die Sparten und die Freie Faktorenvereinigung.“

Seiß weist kurz auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträge hin. Wie bisher, so wird der Verbandsvorstand auch in Zukunft den Sparten das nötige Entgegenkommen bewiesen.

Riesebeck: Wir sollten die einschlägigen Verhältnisse befragen, wie sie waren. Die Zusammenarbeit mit den Sparten ist, wie Seiß erklärte, eine gute gewesen. In letzter Zeit waren Bestrebungen auf Gründung einer Handfegerpartei mehrfach zu verzeichnen. Im Interesse des Zusammenhalts im Verbands sollte davon Abstand genommen werden. Auf kurzem Wege etwas Besonderes herbeizuführen, das heißt einer Handfegerpartei, ist schwer fallen wie jeder andere Sparte.

Wittan spricht eingehend über die Verhältnisse der Leipziger Handfeger, die sich in Form einer Kommission zusammenschließen. Redner betont, immer dafür eingetreten zu sein, daß nicht alles von der Gesamtheit verlangt wird, sondern daß man sich selbst zu helfen versucht. In Leipzig liegen die Dinge so, daß die einzelnen Kategorien der Handfeger die Zusammenfassung verlangen, um etwas herauszuschlagen. Alle Gruppen wurden zu fördern gesucht. Namentlich für mathematische Setzer herrschen in Leipzig noch höchst unbefriedigende Zustände.

Vorband erklärt, daß irgendwelche Forderungen seitens der Drucker nicht erhoben werden in der Voraussetzung, daß alle über Minimum Entlohnungen bei den Tarifverhandlungen entsprechend bedacht werden.

v. d. Aa: Die Sparten nehmen dem Verband eine wesentliche Arbeit ab. Deshalb wäre es nur richtig, wenn dem Antrag 269 Folge gegeben würde, der die Kosten notwendiger Spartenkongresse der Verbandskasse auferlegt wissen will.

Schumacher: Der Ansicht Riesebecks über die Handfegerpartei ist beizupflichten. Auch in Würzburg wurde eine Handfegerpartei gegründet. Der Antrag 268 fordert eine namhafte materielle Unterstützung der Bildungsbestrebungen der Sparten durch den Verbandsvorstand. Wegen ist schließlich nichts einzuwenden, aber es muß doch gesagt werden, daß wir den Bildungsverband haben. Darin sollten sich die Bildungsbestrebungen der Handfeger konzentrieren, denn dort sind für sie die besten Bildungsmöglichkeiten gegeben.

Mit großer Mehrheit wird hierauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Seiß: Die volle Übernahme der Kosten der Spartenkongresse auf die Verbandskasse ist eine Unmöglichkeit. Was die Handfegerpartei anbetrifft, ist nicht zu verkennen, daß sich die Schwereithellen noch vergrößern. Wir haben naturgemäß alles Interesse daran, daß nicht ein Kampf aller gegen alle entbrennt.

Gemäß den Erklärungen des Verbandsvorstandes werden die Anträge zu diesem Punkte abgelehnt.

Dann erhält Wachner (Vorsitzender der Freien Faktorenvereinigung) das Wort. Er führt unter anderem aus: Nach der in Nürnberg erfolgten Ablehnung, die Freie Faktorenvereinigung als Sparte innerhalb des Verbandes anzuerkennen, ist die Freie Faktorenvereinigung auf 600 Mitglieder in allen Teilen Deutschlands angewachsen. Das ist gewiß ein guter äußerer Beweis für die im Zunehmen begriffene Überzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Verbandsfaktoren. Wir müssen darauf dringen, daß es zu einer Klärung kommt darüber, ob sich unsere Mitglieder einer freigewerkschaftlichen oder wirtschaftsrechtlichen Spezialorganisation anschließen sollen. Wenn 1918 die Vertragsgemeinschaft der Faktoren auf

die Tarifgemeinschaft aufgeproßt wurde, so erblickten wir darin keinen Vorteil für uns. Die Gehaltspolitik des Faktorenbundes kann kein Verbandsmitglied gutheißen. Redner geht näher darauf ein. Die Schaffung eines Faktorentarifs ist auf unsere Propaganda dafür zurückzuführen. Durch Unterbindung unserer Mitarbeit daran wurde uns allerdings Wasser in den Wein geschüttelt. Darauf ist es mit zurückzuführen, daß die Klasse C der werktätigen Faktoren am traurigsten entlohnt wird, obwohl gerade auf dieser Gruppe die meiste Verantwortung lastet. Der Faktorenbund wird auch unter seiner neuen Regie nichts anderes werden, als er bisher war. Dafür liegen bereits Beweise vor. Unterstützt uns als werktätige Faktoren und nehmt uns als Mitstreiter auf!

Seiß: Vom Verbandsvorstand ist stets die Auffassung vertreten worden, daß eine Anerkennung der Freien Faktorenvereinigung in Hinblick auf entsetzende Konsequenzen noch nicht möglich ist. Wo wir die Bestrebungen der freien Faktoren unterstützen konnten, haben wir es getan. Wir haben zur Gausortseherkonferenz und zu dieser Generalversammlung einen Vertreter als Gast zugelassen. Aber zunächst müssen wir noch nicht, wohin die junge Bewegung führt. An die Verbandsmitglieder im Faktorenbund richte ich von dieser Stelle aus den Appell, daß sie verpflichtet sind, dort reformierend zu wirken. Wenn sich der Faktorenbund auf freigewerkschaftliche Bewegung nicht anschließt, wird der Verbandsvorstand Gesandtschaft nehmen, die nötige Klarheit zu schaffen. In diesem Sinne muß zunächst gewirkt werden, um eine Grundlage zu schaffen zur endgültigen Beschlußfassung zu dieser Frage. Mit dieser Erklärung möge die Generalversammlung in Anbetracht der Geschäftsfrage die Angelegenheit vorläufig als erledigt betrachten.

Nach einigen Bemerkungen zur Geschäftsordnung wird die Eröffnung der Debatte über diesen Punkt abgelehnt.

Punkt IX: „Der Internationale Buchdruckerkongress 1921 und unsere internationalen Beziehungen“ wird aus Rücksicht auf die Geschäftsfrage abgelehnt.

Es folgte Punkt XVI: „Bestimmung des Ortes für die nächste Generalversammlung“. Es liegen dazu Einladungen vor von Hamburg und Kassel, die von den betreffenden Vertretern aufs wärmste bekräftigt werden. Schließlich wird Hamburg mit großer Mehrheit als Tagungsort der nächsten Generalversammlung gewählt. Dann wird der Bericht der Beschwermmission entgegengenommen.

Rump als Obmann der Kommission erklärt zunächst, daß neun Beschwerden zur Erledigung vorliegen, eine Beschwerde wurde zurückgezogen. Der erste Fall betrifft eine Beschwerde Stokes gegen die „Korr.“-Redaktion wegen Nichtaufnahme eines Artikels. Der Berichterstatter gibt seiner Ansicht Ausdruck, daß ein sachlich gebaltener Artikel von der Redaktion niemals abgelehnt werden würde. Der Artikel Stokes könnte jedoch auf Sachlichkeit keinen Anspruch machen. Zum Beweise wird er vorgelesen. Die Kommission schlägt die Abweisung vor, und die Generalversammlung gibt dem mit großer Mehrheit Folge.

Merikien berichtet eingehend über die Beschwerde von Lambrecht und Genossen in Düsseldorf wegen erfolgter Ausschlußes. Die Kommission war der Auffassung, daß nach dem Wortlaut des Beschlusses der Nürnberger Generalversammlung über öffentliche Bewegungen ein Ausschluß unmöglich ist. Erwährend fiel jedoch für die Beurteilung der Handlungsweise Lamprechts ins Gewicht, daß dieser in mehrfacher Hinsicht durchaus nicht einwandfrei, ja direkt unethisch gehandelt hat. Aus diesem Grunde muß der Ausschluß als zu Recht bestehen bleiben. Den übrigen Mitgliedern gegenüber soll es bei einer Rüge bewenden. Die Abstimmung fiel gemäß dem Kommissionsbeschluss aus.

Schröter (Stuttgart) berichtet über eine Beschwerde von Ranpe und Genossen in Braunschweig, die bereits die Nürnberger Generalversammlung bekräftigt hat. Die Beschwerdeführer wurden mit noch mehreren andern im November 1919 ausgeschlossen, weil sie den in der Braunschweiger „Wirtschaftsdruckerei“ ausgesperrten Kollegen in den Rücken gefallen waren, nachdem die Druckerei, die bis dahin der Mehrheitspartei gehört hatte, von den

Anhängen gewollt worden war. Der Wieder-
aufnahme von Lampe und Genossen in den Verband sollte
unter bestimmten Bedingungen stattgegeben werden, die
jedoch die Betroffenen nicht erfüllten. Die jetzt aus neu
beantragte Wiedereinstellung in ihre alten Rechte lebte
die Bekwerdungskommission ab, und die Generalverlam-
mlung stimmte der Ablehnung der gestellten Ansprüche zu.

Wenrich berichtet über eine Beschwerde des Kollegen
Meyer (Eimshorn) gegen den Verbandsvorstand wegen
Verweigerung von Rechtschutz. Die Abweisung des An-
spruchs ist deshalb erfolgt, weil nach Ansicht des Ver-
bandsvorstandes die Ursache zu einer Klage nicht gegeben
war. Rechtschutz kann nur dann gewährt werden, wenn
eine Benachteiligung von der andern Seite vorliegt. Das
ist indessen nicht der Fall. Die Kommission schloß sich
der Ansicht des Verbandsvorstandes an und wies deshalb
die Beschwerde ab. Die Generalverlammlung schloß sich
dem Votum der Kommission mit großer Mehrheit an.

Suna berichtet über eine Beschwerde von Krugmeyer
(Neuhöfen), der wegen Befähigung erschwerter Befähigung aus
dem Verbands ausgeschlossen wurde. Der Ausschluß wurde
von der Kommission als zu Recht erfolgt anerkannt, und
die Generalverlammlung bekennt ihre Zustimmung.

Lüde: Wegen Nichtbeteiligung an der Malleier wurden
mehrere Mitglieder vom Berliner Gauvorstand in eine
Geldbuße genommen, zwei andre Mitglieder wurden
ausgeschlossen. Zu den daraufhin eingeleiteten Beschwer-
den präziserte die Kommission ihren Standpunkt in fol-
gender Entschliebung, die der Berichtsteller zur Annahme
empfiehlt:

Die Generalverlammlung hebt nicht auf dem Stand-
punkt, den der Gauvorstand Berlin gegenüber denjenigen
Kollegen einnimmt, die den Beschluß auf Arbeitsruhe
am 1. Mai nicht oder nur teilweise befolgt haben. Sie
erklärt sowohl die Ausschüsse als die hierfür verhängten
Geldstrafen mit den Satzungen nicht in Einklang stehend
und erwartet deren Aufhebung.

Pöschmann protestiert entschieden gegen die Begrün-
dung der Kommission, desgleichen Albrecht (Berlin) und
Schleifer.

Selb erklärt prinzipiell: Jedes Mitglied hat das Recht,
zu verlangen, daß seine erworbenen Rechte so lange ge-
wahrt werden, als nicht grobe Verstöße nachweisbar sind.
Der Antrag der Kommission wird danach mit 73
gegen 59 Stimmen angenommen.

Lüde berichtet weiter über einen ähnlich gelagerten
Fall aus Königsberg. Dort hatten sich 150 Kollegen an
der Malleier nicht beteiligt, worauf eine spätere Verlam-
mung beschloß, über die Betroffenen eine Buße in Höhe
eines Tagelohnes zu verhängen. Die dagegen protestie-
renden Kollegen drohten, eventuell von allen rechtlichen
Mitteln Gebrauch machen zu wollen. Zu dieser Ange-
legenheit faßte die Bekwerdungskommission folgende Ent-
schliebung:

Die Generalverlammlung hebt die gegen eine Anzahl
Königsberger Kollegen durch Verlammlungsbeschluß fest-
gelegten Geldbußen wegen Nichtbeteiligung an der Ar-
beitsruhe anlässlich der Malleier auf, da nach den gegen-
wärtigen Satzungen die Möglichkeit für derartige Be-
strafungen nicht gegeben ist.

Sie verurteilt aber die Nichtbefolgung der in der
diesbezüglichen Verlammlung gefassten Beschlüsse und
spricht denjenigen 76 Kollegen, die durch eine einge-
reicherte Entschliebung mit gesetzlichen Mitteln drohten,
schärfste Rüge aus.

Sannemann rechtfertigt daraufhin den Beschluß der
Königsberger Verlammlung und betont dabei, daß es
richtiger sei, gegen die Unzufriedenen statt einer Rüge eine
Buße auszusprechen.

Die Generalverlammlung schloß sich dem Kommissions-
beschluß an.

Wenrich berichtet über die Beschwerde zweier Schrift-
schneider in Leipzig, die infolge ihrer Selbständigmachung
von ihrer engeren Berufsvereinsung als Heimarbeiter
betrachtet und vom Gauvorstand ausgeschlossen wurden.
Die Bekwerdungskommission faßte daraufhin folgende Ent-
schliebung:

Die Bekwerdungskommission kann sich der Ansicht des
Leipziger Gauvorstandes, die Kollegen Bucher und
Thebes als Heimarbeiter zu bezeichnen, nicht anschlie-
ßen, da diese einen eigenen Betrieb eröffnet haben. In-
folgedessen ist dem Protest der Kollegen Bucher und
Thebes stattzugeben und der Ausschluß aufzuheben.

Fischmann und Selb protestieren gegen den Stand-
punkt der Kommission. Namentlich letzterer weist auf die
daraus entstehenden Konsequenzen für die Schriftschneider-
bewegung hin.

Der Antrag der Bekwerdungskommission wurde von der
Generalverlammlung abgelehnt.

Nachdem Selb noch mitgeteilt, daß die Generalver-
lammlung am Dienstaumittag zur Entgegennahme eines
Situationsberichts über die Tarifverhandlungen und abends
7 Uhr zur Stellungnahme zum erstellten Rezultat im „Schloß-
keller“ zusammenzutreten hat, erfolgte um 12¹/₂ Uhr nachts
der Schluß der Montagssitzung.

Schlußsitzung (11. Juli).

Am Abend des 11. Juli versammelten sich sämtliche
Delegierten unseres Verbandes in Leipzig zum letzten-
mal, und zwar in dem für die Leipziger Buchdrucker
ebenfalls historischen „Schloßkeller“, um Kenntnis von
dem Ergebnis der Tarifverhandlungen und am gleichen
Tage zu nehmen und darüber zu entscheiden. Die Sitzung
wurde in Anwesenheit sämtlicher Delegierten um 8¹/₂ Uhr
eröffnet.

Selb teilt zunächst mit, daß der Berliner Konflikt
inzwischen beigelegt wurde, und zwar durch beinahe ein-

stimmige Annahme folgender Vereinbarung durch die
Generalverlammlung der Berliner Buchdrucker: „Die
Arbeit in Berlin wird am Mittwoch früh, wo das nicht
möglich ist, mit fünflicher Beschleunigung wieder auf-
genommen. Vom Zeitpunkt der Wiederaufnahme der
Arbeit ab gelten die Steuerungsbedingungen, die der Tarif-
ausschluß am 11. Juli festsetzt wird. Bei Wiederaufnahme
der Arbeit erhalten die männlichen Arbeiter 300 Mk., die
Hilfsarbeiterinnen 250 Mk., die Jugendlichen unter 17
Jahren 150 Mk. Wo Zahlung nicht sofort möglich, kann
nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat auch in zwei
Raten gezahlt werden. Die Sonderforderungen der Ro-
tation sind zurückgezogen. Aber Sonderzulagen für
Berlin hat nur der Tarifausschluß zu beschließen. Streik-
tage werden nicht bezahlt. Maßregeln gegen beider-
seits nicht stalt. Arbeitswechsel darf auch auf Grund der
Streikunterbrechung nicht stattfinden. Aberlunden sind
namentlich zwecks Nachholung der liegengelassenen Ar-
beit unter Berücksichtigung der gesetzlichen und tariflichen
Bestimmungen zu leisten.“

Srau erstatte sodann ausführlich Bericht über den
Verlauf des ersten Verhandlungstages und das Ergebnis
der Kommissionsberatung. Es erhoben sich danach mit
Wirkung ab 10. Juli die bisherigen tariflichen Mindest-
wochenlöhne unter Anlehnung an die bisherige Lohn-
schlagsstaffelung um 250—300 Mk. für die Altersklasse C
(Verheirathete), und zwar steigend um je 5 Mk. ab 250 Mk.
bei 0 Proz. bis 300 Mk. bei 25 Proz. Lohnzuschlag;
Ledige erhalten in allen Orts- und Altersklassen durch-
weg 1 Mk. weniger als Verheirathete. In Altersklasse B
(Verheirathete) beträgt die Zulage ab 10. Juli 236 bis
286 Mk. in gleicher Abstufung wie in Klasse C, und in
Lohnklasse A (Verheirathete) 214 bis 264 Mk. in gleicher
Abstufung wie in Klasse C. Neuausgelernte erhalten ab
10. Juli ebenfalls in gleicher Abstufung 175—225 Mk.
Dazu kommen ab 1. August weitere 50—60 Mk. in
Altersklasse C (Verheirathete), Ledige 3 Mk. weniger.
In Altersklasse B (Verheirathete) 48—58 Mk., Ledige 3 Mk.
weniger; in Altersklasse A (Verheirathete) 47—57 Mk.,
Ledige 3 Mk. weniger; für Neuausgelernte 35—45 Mk.
Die Abstufung nach Lohnzuschlägen beträgt bei dieser
weiteren Zulage von 0 bis 20 Proz. je 1 Mk. und von
20 bis 25 Proz. 2 Mk.

Die darauf einlehnende Debatte dauerte mehrere Stun-
den und nahm mehrmals einen stürmischen Charakter an.
Es beteiligten sich daran Prox., Sporn, Selle, Maier
(Starksrube), Wilsang, Römer, Merklein, Söldner, Hein-
dorf, Napp, Willen, Felle, Schweinitz, Brandmüller, Engel-
meier, Egenberger, Graal, Fiedler (Berlin), König, Bleich,
Glöh, Kesselbarth, Schleifer, Wendche und Marau. Der
Verbandsvorsitzende Selb mußte mehrmals energisch ein-
greifen, um die hochgehenden Wogen der Erregung zu
glätten. Insbesondere erfuhr der Anfangs- und der End-
termin der Vereinbarung, die Abstufungen nach Orts- und
Altersklassen wie auch die Zusatzzulagen und die ungenü-
gende Höhe des Abkommens lebhaft Kritik. Die ganze
Ausprache fand nach 11 Uhr ihr Ende durch Annahme
folgender Entschliebung:

Die Generalverlammlung ist von dem vorgeschla-
gen Lohnabkommen nicht befriedigt, erklärt aber unter
Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse ihr Einver-
ständnis.

Sie erwartet bestimmt, daß bei weiterer rapider
Steigerung der Lebenshaltungskosten die zukünftigen
Körperschaften einer früheren Einberufung des Tarifaus-
schusses nicht wieder Schwierigkeiten bereiten werden.

Diese Entschliebung wurde gegen 9 Stimmen an-
genommen.

Der Ausklang der Generalverlammlung

Man galt es noch, die elfte Generalverlammlung in
später Stunde offiziell zu schließen. Das Schlußwort
des Verbandsvorstandes Selb war schon aus
diesem Grunde kürzer als üblich, aber Selb braucht ja
gar nicht viele Worte zu machen; das, was er spricht,
wiegt auch in aller Kürze. Die elfte Generalverlammlung,
sagte er, hat länger gedauert, als anzunehmen war, aber
es sind nicht nur zu viel Aufgaben gewesen, die erledigt
werden sollten, sie waren meistens auch von großer Tra-
gweite. In den ersten Tagen ist allerdings zu viel geredet
worden, an Ermahnungen zur Beherrschung hat es nicht
gefehlt, und so ist denn im letzten Verlaufe der Sit-
zung immer größer geworden. Es muß auch bei uns
dazu kommen, daß die Kritik an dem, was gewesen ist,
nicht als Hauptfache angesehen wird, sondern die Arbeit
für die Zukunft Voranstellung findet und der Blick für
die nächsten Aufgaben bei allen sich erweitert und schärft.
Mit manchen Beschlüssen wird die Kollegenchaft wohl nicht
einverstanden sein, er selbst hat mit seinem Urteile während
der Sitzung ja schon nicht zurückgehalten. Aber anerkannt
und respektiert müssen die Beschlüsse von allen werden.
Die gewerkschaftliche Geschlossenheit erhält die beste Förde-
rung, wenn die Gesamtheit der Mitglieder auf den Boden
des von der obersten Organisationsinstanz Beschlo-
nen tritt. Die elfte Generalverlammlung ist die arbeitsamste
gewesen. Von morgens 8 Uhr an ist bis zum Abend
beraten und gestritten worden um das, was unserm Ver-
band am besten kommt; sogar bis in die Nacht hinein
sind die Verhandlungen gegangen. Große Anforderungen
wurden dabei an die Delegierten gestellt. Die Kommissionen
haben noch ein übriges tun müssen und haben in an-
gestrengten Sitzungen eine Anmenge wertvollster Arbeit
geleistet. Wenn sich alles darauf einstellt, was in
Leipzig zu Talsachen gestellt ist oder auch nur an guten
Angeboten bemerkbar gemacht hat, dann wird Leipzig
gewiß einen Markt in der neueren Geschichte des
Verbandes abgeben. Der Leipziger Kollegenchaft und

ihrer Leistung ist herzlich zu danken für die Vorbereitung
dieser Generalverlammlung, für die diesmal erdwerter
Anbringung der Delegierten und Gäste sowie für die
Vorsorge um das leibliche Wohl aller, die gekommen sind
zu dieser Generalverlammlung. Es hat auch manche
fröhliche Stunde des Tages schwere Arbeit erleichtert
bessert. Dafür gebührt in erster Linie der Leipziger Buch-
druckerlängerschaft großer Dank, die man sicherlich zu den
besten Gelankörpern zählen darf nach ihren Leistungen
während der Generalverlammlung. Inermüdet laßt im
Dienst der Sache und im kleineren Maße auch einen
guten Humor erkennen lassend, haben die General-
verlammlungssteilnehmer von dem Leipziger „Gutenberg“
den besten Eindruck gewonnen (Reballe Zustimmung) und
wünschten ihm eine weitere gute Entwicklung. Die Dele-
gierten aber mögen nun zurückkehren in ihre Heimat
und im Sinne der Leipziger Beschlüsse wirken für den
Verband und für seine sich nun wohl noch verstärkende
Geschlossenheit. (Großer Beifall.)

„Lorb Frosen“, Uthmanns sonnmächtiges Lied von
dem Kampfe der neuen gegen die alte Zeit, wucherte
darauf unter Meister Alfred Schweigers Leitung durch den
Saal, das günstige Urteil des Verbandsvorstandes über
den Leipziger Buchdruckerlangereit voll befallend.

Der Leipziger Gauvorsitzer Kesselbarth erklärte,
gezwungen zu sein, die unterbliebene Begrüßungsansprache
mit der Abschiedsrede verbinden zu müssen. Zu Beginn
der Generalverlammlung habe er alle Sünde voll zu tun
gehabt, um ein Übergreifen der Berliner Bewegung auf
Leipzig zu verhindern. Das ist nicht leicht gewesen, denn
Leipzig hat sich in den letzten Monaten unverhältnismäßig
verleuert, weshalb in der Leipziger Kollegenchaft das
Wetterleuchten zu verstehen war. Aber das es richtiger
war, die Ruhe zu bewahren und mit dem Ganzen zu
gehen, das hat der sich hingehende Verlauf der Berliner
Mission gezeigt. Aber Leipzig, seine Vergangenheit und
seine gegenwärtige Bedeutung etwas zu sagen, erübrig
sich, nachdem die „Korr.“-Redaktion das in ihrer General-
verlammlungsnummer so erschöpfend getan hat. Leipzig
ist gewiß historischer Boden für die deutsche Arbeiter-
bewegung, es ist aber bekanntlich auch ein heißer Boden.
Auf der ersten Generalverlammlung hat sich das ja auch
manchmal offenbart. Wenn aber die Kollegen, die
sich zur Opposition zählen, alle in dem Geist und in den
Formen sich bewegen würden, wie es der Führer der ge-
mäßigen Berliner Richtung hier getan, dann wäre die so
viel verlangte Einheitsfront schnell geschaffen; niemand
würde sich mehr freuen darüber als er. Die Ausschüsse
dazu sind ja günstig, nachdem die beiden sozialdemo-
kratischen Parteien durch die Anschläge der Reaktion sich so
weit geändert haben wie gegenwärtig. Der Holze Bau
des Leipziger „Volkshauses“, in dem unsre Generalver-
lammlung so gut aufgegeben war, ist ja auch ein Wahr-
zeichen, daß die Reaktion nur vorübergehend die Arbeit-
schaft zurückdrängen und schädigen kann. Die Arbeit-
schaft „trop, allezeit“, wie die Inschrift des „Volkshauses“, selbst
bewußt faul, sich immer wieder erheben und ihren Geiern
sich entgegenstellen, bis einmal der Sieg errungen ist. Der
opferreiche Wiederaufbau des so schönen Heims der Leip-
ziger Arbeiterschaft zeigt diese Unverwundlichkeit augen-
fällig. Gern hätte die Leipziger Kollegenchaft ihren
Gästen noch mehr geboten — Leipzig ist nicht so arm an
Gelegenheiten dazu —, aber wir haben uns da bescheiden
müssen, um den berechtigten Kampf unsrer Arbeitsgenossen
im Gastwirtsgewerbe nicht zu erschweren. Die auswärti-
gen Kollegen werden dafür andre Veranstaltungen, wie
das große internationale Meeting in der weiten Welt-
meihalle, um so eindringlicher im Gedächtnis behalten.
Mögen die Generalverlammlungssteilnehmer nun alle mit
den besten Entwürfen von Leipzig heimkehren. Glückliche
Reise! (Rebhalter Beifall.)

Fiedler (Breslau), dem sonst die Sprache der Be-
grüßung und des Humors ermangelt, hatte darauf der
Leipziger Kollegenchaft und ihrem Vorstand in schwun-
gollen Worten den Dank der Gäste ab. Es mußte nicht
selten gegen den Achtstundenstag gefündigt werden, aber
wir hatten ja zum Verbandsvorstande gewandt) die Ge-
nehmigung unsres Betriebsrats dazu (Seltlichkeit). Um so
eher mußte unschuldig einmal ausgespannt werden. Was
hier in dem großen und schönen Leipzig den Auswärtigen
gebieten worden ist, war in seiner Velleitigkeit überrachend.
Der Begrüßungshommers mit seinen hochhünstlerischen
und doch so abwechslungsreichen Darbietungen wird den
Delegierten in besser Erinnerung bleiben. Namentlich die
Provinzvertreter werden empfunden haben, was doch alles
die Großstadt leisten kann zur Verhöhnung der Stunden,
die man nach des Tages Müde und Last notwendig hat
und womit unsre Sache jedenfalls auch ein guter Dienst
geleistet wird. Der große Leipziger Buchdruckerlängereiter
hat jedenfalls den Gästen von auswärts am meisten im-
poniert. Dann verdient das Jubiläumfest der Leipziger
Mitgliedchaft im „Lunapark“ Hervorhebung. Ein ganz
andres Bild, ein höchst eigenartiger Rahmen, der im
kleinen gar manche Karität aufwies, und Dimensionen,
von denen draußen nur wenige eine Vorstellung haben
werden. Dazu die mit dem Dabnetten der Stunden deut-
licher hervortretende lässliche Gemütslichkeit. Die aus-
wärtigen Generalverlammlungssteilnehmer danken der Leip-
ziger Mitgliedchaft für die bereiteten schönen Stunden des
Erholung von Heren. Nicht geringer Dank gebührt aber
auch der Verwaltung des „Volkshauses“, die um das
leibliche Wohl der Delegierten und Gäste in vorbildlicher
Weise bemüht war. Wir Fremden waren einfach erstaunt
über die Großartigkeit dieses Betriebs. Den beiden sozial-
demokratischen Verlagen sei für Lieferung der gestiften
Kost während der Generalverlammlung ebenfalls gedankt.
Wir werden also von dem schönen Leipzig mit den
Gefühlen wärmsten Dankes und werden die elfte General-

Verammlung in bestem Gedenken behalten. (Allgemeine Zustimmung.)

König (Salle a. d. S.) meldete sich darauf „zur Geschäftsordnung“ zum Wort, was allgemeine Heiterkeit hervorrief. Kollege König sprach dann in berebten Worten seine Hochachtung aus über die Leitung der Verhandlungen durch die beiden Vorsitzenden Seib und Krauß. Sie war straff, sie war aber auch sehr geschickt, und es war eine Leistung, den in der sehr reichhaltigen Tagesordnung aufgeschichteten ungeheuren Beratsstoff trotz der langen Sitzungen mit solcher geistigen Elastizität zu meistern. Viele Anerkennung wolle er am Schluß seiner Rede zu öffentlichem Ausdruck bringen. (Allgemeine Zustimmung.)

Verbandsvorsitzender Seib dankte dem Kollegen König für diese Worte und möchte sie auf das ganze Bureau ausgedehnt wissen. Dann wünschte er allen eine glückliche Heimreise und schloß mit einem, im ganzen Saale begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die erste Generalversammlung gegen 12 Uhr.

Nun erlangt in melancholischer Färbung vom „Gutenbergs“ das alte, Innige „Morgen muß ich fort von hier“. Wieder bebote die Klarheit der wachenden Sänger, die diesen letzten Stunden ein gar stimmungsvolles Gepräge gaben.

Dann ging es an das gegenseitige Abschiednehmen. Hände schütteln ringsum. „Gütliche Reize!“ und „Auf Wiedersehen in Samburg!“, erlangt es von Tisch zu Tisch, von Mund zu Mund. Der schöne Ausklang der Leipziger Generalversammlung hatte endlich manche Brücke zum besseren Verständnis geschlagen. Die anwesenden Leipziger Kollegen, zum Teil „Gutenbergs“-Sänger, beteiligten sich mit an dem großen Abschiednehmen, als wäre man längst miteinander bekannt. Und wie unter alter Wohl Bogenlied munter und frisch Abschiedsgrüße lautete, das war eine Freude für sich; ist er doch noch einer der Männer der Produktivgenossenschafts-Druckerei, die im Jahre 1876 neben der Verbandsgeneralversammlung in Leipzig tagten. Wie am Tage vorher ging man erst in nächster Stunde auseinander, es wurde also wieder in bedeutender Nähe überhört geleistet. Möge die Arbeit der wirklich arbeitenden ersten Generalversammlung des Verbandes segnet sein!

Neunte (ordentliche) Generalversammlung der Zentralinvalidenhilfe i. L.

für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

In diefer am Sonntag, 9. Juli, nachmittags im Leipziger „Volkshaus“ stattfindenden Generalversammlung waren 20 Verwaltungsglieder vertreten.

Beschlußprotokoll

über die Verhandlungen des Tarifauschusses der Deutschen Buchdrucker vom 11. und 12. Juli 1922 in Leipzig

Erster Verhandlungstag

(Dienstag, den 11. Juli)

Vormittags-Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und gibt zunächst die Liste der anwesenden Verhandlungsteilnehmer bekannt. Es sind anwesend:

Für den Tarifauschuss: die Prinzipalvertreter: Piepenschneider (Braunschweig), Bachem (Köln), Bill (Mainz), Hoppeler (Stuttgart), Dieb (München), Schiedel (Helmstedt), Mebel (Leipzig), Dr. Elias (Berlin), Friedrich (Breslau), Klapp (Hamburg), Fischer (Stettin), Gerich (Münster); die Gehilfenvertreter: Pflingst (Hannover), Bertram (Köln), Nepeck (Frankfurt a. M.), Klein (Stuttgart), Hemmerich (München), König (Salle), Glöck (Leipzig), Albrecht (Berlin), Fiedler (Breslau), Runkler (Hamburg), Reinke (Stettin), Reissner (Königsberg i. Pr.); als Vertreter des Saargebietes: Sidra (Saarbrücken).

Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins: Hillein (Berlin), Otto (Wodesberg), Becker (Sinsheim), Abel (Stralund), Hänel (Zeuzen D. S.), v. Zwick (Wernburg), Neuenhahn (Sena), Winkler (Berlin), Raumann (Leipzig).

Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker: Dörband, Gülle, Klebeck, Schweinik (Berlin), Freitag (Dresden), Maier (Karlsruhe), Prox (Weimar), Prüter (Kiel).

Vertreter des Guttenbergbundes: Tschicki (Breslau), Fröhau (Leipzig).

Vertreter der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen: Bloth, Hornke (Berlin), Hornbach (Köln).

Für das Tarifamt: die Prinzipalsmitglieder Max Schalem, Benniglon, Schanz; die Gehilfenmitglieder Braun, Croft, Gröning, Krüger, Lednypul.

Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins: Dr. Wosiek (Leipzig).

Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker: Seib, Krauß (Berlin).

Vertreter des Guttenbergbundes: Thranert (Berlin).

Vertreter der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen: Pucher (Berlin).

Geschäftsführer: Schliebs.

Das Beschlußprotokoll führt der Geschäftsführer.

Eiffer, der Vorsitzende der Liquidationskommission, begrüßte die erschienenen Delegierten und eröffnete die ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung.

Mit der Ausübung der Funktionen einer Mandatsprüfungskommission wurden Wendische und Reuker betraut.

Eiffer fragte dann den Rechenschaftsbericht für die Jahre 1918—1921 vor. Die letztmalige Generalversammlung hat 1918 in Würzburg stattgefunden. Die Einnahmen (Zinsen, Einnahmen, Preissteigerungen usw.) betragen im Jahre 1918: 10978,30 Mk., 1919: 11313,75 Mk., 1920: 11462,50 Mk., 1921: 12587,25 Mk. Die Ausgaben dagegen im Jahre 1918: 12440,80 Mk., 1919: 10227,50 Mk., 1920: 11434,13 Mk., 1921: 12421,05 Mk. Hierzu gab der Vorsitzende noch einige Erläuterungen. Zum Beispiel machen die Verwaltungsausgaben der Liquidationskommission im Jahre 1921 einen höheren Betrag aus, als sich nach der Geldentwertung ergibt. Die Erklärung liegt eben darin, daß hierunter die den Invaliden angeliehenden der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zugewendeten Ertraunterstützungen fallen. Am 1. Juli 1893, dem Eintritt der Liquidation der Stelle, waren 347 Invaliden vorhanden, am 1. Januar 1918: 27 und am 1. Januar 1922: 18. Das Vermögen der Stelle betrug am 1. Juli 1893: 1149786,11 Mk., am 31. März 1922: 312125,83 Mk. Invalidentunterstützung wurde gezahlt bis zum 31. März 1918: 1182385,50 Mk., von da ab bis 31. März 1922: 30304 Mk. Bezugslosgeld in den gleichen Zeiträumen 30265 bzw. 1000 Mk. Eiffer gab im Anschluß daran noch interessante Aufschlüsse über das Alter der Invaliden (4 über 80 Jahre als älteste und 2 mit 57 Jahren als jüngste) und über die Dauer der Invalidität.

Die Besprechung der vorgelegten Rechenschaftsberichte war kurz. Die aufgeworfene Frage, ob denn nicht erst eine Abfindung der noch vorhandenen Invaliden stattfinden könne, mußte wieder verneint werden.

Nach dem von der Mandatsprüfungskommission gegebenen Bericht wurde folgende Präsenzliste festgestellt: Für die Verwaltungsstelle Berlin waren erschienen: H. Schlieffler (Mainz) und Albrecht (Köln) als einschuldig; Danzig, Ostpreußen und Obergau: H. Gülle (Berlin); Dresden und Ergebe: D. Wöhnel; Frankfurt/Hessen und Mittelrhein: H. Wendische (Dresden); Hamburg-Altona; Fr. Runkler; Hannover: W. Reuker (Braunschweig); Leipzig: H. Römer; Rheinland-Westfalen: W. Irabli (Leipzig); Saalegau: H. König; Schellen: A. Fiedler; Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern: M. Prüter, Württemberg: O. Klein. Die Mandate wurden sämtlich als gültig anerkannt.

Bei der Neuwahl der Liquidationskommission machte Eiffer die Mitteilung, daß er einmal pensioniert sei und zum andern demnach von Berlin verziehen werde; es mußte also Neuwahl der Kommission vorgenommen

werden. Kollege R. Glaser wurde wiedergewählt und Kollege Gülle als Vorsitzender neu. Der neuen Liquidationskommission wurde die Beschlüsse zuerkannt, den Kollegen Dr. Schweinik mit der Funktion als Geschäftsführer zu betrauen. Aus Anlaß des Rücktritts des Kollegen Eiffer dankte hierauf Kollege Schlieffler dem bisherigen Vorsitzenden für seine langjährige Tätigkeit. Er hat immer seines Amtes sorglich gewaltet; die Zentralinvalidenhilfe ist unter ihm nicht schlecht gefahren. Namens der Delegierten spreche er daher dem Kollegen Eiffer Anerkennung aus. (Allgemeine Zustimmung.)

Zum Punkte „Sonstiges“ wurde nichts vorgebracht. Vorsitzender Eiffer dankte darauf mit bewegten Worten für das ihm stets entgegengebrachte Vertrauen. Zum Abschiede rufe er allen Vertretern zu, immer zum Wohle des Ganzen zu arbeiten und die Sache der Gehilfenchaft nach Kräften zu fördern.

Mit diesen beifällig aufgenommenen Worten batte die neunte Generalversammlung ihr Ende erreicht.

Nichtigstellungen und Ergänzungen

Kollege Gabb hat den Minderheitsantrag (Nr. 79) am vierten Verhandlungstage nicht begründet, sondern kritisch bemängelt, und den Metallarbeiterstreik nicht als nicht beurteilt, sondern nur dessen ausschließliche Führung.

Kollege Adolf Baueid (Leipzig) erklärt: Bei Punkt VII der Tagesordnung „Korrespondent“ betreffend, habe ich etwas anders gesagt, als im Bericht ausgedrückt ist. Nicht Solingenstreik sind an mich herangetreten und haben erklärt, ich unterliege der Tendenz des „Korr.“, sondern die „Korr.“-Reaktion hat in einem Urteil (Jahrg. 1920, Nr. 17) geurteilt, daß ich bei der Tendenz des „Korr.“ einverstanden wäre, weil ich schon vor dem ebenfallig Artikel eingedrückt habe, die auch kein Unrecht gelanden haben. Die Absicht der in Nr. 79 auf hergeführten Seite militäre Spalte gebrachten Form der Baueidischen Ausführungen wird von der gesamten Redaktion anerkannt und findet außerdem in der betreffenden Aufzeichnung des Generalversammlungsstenographen.)

Die Kollegen Schröter (Stuttgart) und Balbus (Dona) haben ebenfalls der materiellen Kommission angehört.

Im Bericht über den letzten Verhandlungstag muß es bei den Ausführungen des Kollegen Dreier zur Frage des „Jungbuchsdruckers“ heißen: „Wegen dem Antrag von Alai auf Übernahme des Jungbuchsdruckers“ (nicht des Arbeitsverbandes) auf den Verband muß ich mich wenden.“

Zum Punkt XI: „Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Leipziger Gewerkschaftsverband“ (S. 79 dritte und vierte Seite) haben Kolte u. G. die nachfolgende, von der Generalversammlung lediglich zur Kenntnis genommene Erklärung abgegeben: Die Ausführungen des zweiten Vorsitzenden des A.D.G.B., Kollegen Braumann, haben den Beweis erbracht, daß die Arbeitskraft vollkommener als kapitalistischen Entwicklungsgeges ausgebeutert ist, was bedeutet, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen zur chronischen Erschöpfung wird. Demgegenüber ist die Forderung des entschlossenen Kampfes zu erklären auf der breiten Grundlage des Internationalismus, sind Vorbereitungen zu treffen zur Beilegung des kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystems durch den sozialen Generalstreik.

Für die Danziger Vertragsgemeinschaft: Sidra; für die Redaktionen der amtlichen Organe: „Zeitschrift“; Griliche, „Korrespondent“; Schaefer, „Typograph“; Bernack, „Solidarität“; Schulze, „Seltungsverlag“; Dr. Hertel.

Ferner wird die Tagesordnung bekanntgegeben, auf der folgende Beratungsgegenstände stehen:

Anträge der Gehilfenvertreter:

1. Erhöhung der Feuerungszulage.
2. Befreiung eines Mißverhältnisses zwischen Grundlohn und Feuerungszulage bei den Berechnern.
3. Lohnregulierung für die über Minimum entlohneten Gehilfen.

Zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung liegen zwei gedruckte Vor schläge vor.

4. In Hamburg ist eine Sonderzulage von 10 Proz. auf den Gesamtlohn zu zahlen. (Der Antrag wird mit entsprechender Unterstüttung auch für Berlin gestellt.)

Ferner werden folgende neue Anträge eingereicht:

5. Der Zuschlag für Maschinenleiter ist entsprechend zu erhöhen.
6. Der Tarifauschuss möge beschließen: Die Anseherinnen erhalten 75 Proz. der für die verheirateten Gehilfen in Klasse C festgesetzten neuen Feuerungszulage.
7. Beauftragte wird erneut eine Grenz zulage für das Land Baden, mit Ausnahme der Bezirke Mannheim und Heidelberg. Die außergewöhnlichen Feuerungsverhältnisse dieses langgestreckten Landes längs Elbst-Lobringen und der Schweiz erfordern unbedingt eine Sonderzulage.
8. Die verchiedenen Landesfinanzämter des Reiches sind bereit, die tariflichen Entschädigungen aus § 1 Absatz 4 und § 5 Absatz 7 für Steuerfrei zu erklären, wenn der Tarifauschuss erklärt, daß die Entschädigungen für ungünstig Arbeitsstellen und Nacharbeit lediglich als Aufwandsentschädigung zu betrachten seien. Der Tarifauschuss wolle deshalb einen diesbezüglichen Beschluß herbeiführen.

Nach diesen geschäftlichen Mitteilungen wird prinzipalstetlich das Wort verlangt, und wird seitens des Prinzipalsredners folgendes ausgeführt: Ich habe Ihnen im Namen der Prinzipalvertreter eine Mitteilung zu machen und eine Erklärung abzugeben. Die Prinzipalvertreter des Tarifauschusses haben sich in der vorigen Vorbereitungszeit zuerst und eingehend mit den so überaus bedauerlichen Berliner Vorgängen (mit dem wilden Streik der Berliner Gehilfenchaft) beschäftigt. Die Prinzipalvertreter waren einmütig darin, sich mit der Berliner Prinzipalität solidarisch zu erklären. Sie waren ebenso

einmütig in der Auffassung, daß es unannehmlich sei, im Tarifauschuss in eine den unangbar schwierigen Zeitverhältnissen entsprechende ruhige und sachliche Verhandlung über die Gehilfenforderungen bzw. Erhöhung der Feuerungszulage einzutreten, bevor der Berliner wilde Streik eine Beilegung erfahren habe. Es ist nun gestern hier in Leipzig eine Vereinbarung zustande gekommen, die erhoffen und erwarten läßt, daß in Berlin heute die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Die Prinzipalvertreter sind gewillt, nicht in eine Erörterung über die gestern getroffene Vereinbarung einzutreten; schon die schwere grundsätzliche Bedenken dagegen haben, sind sie gewillt, Einwendungen nicht zu erheben. Die Prinzipalvertreter sprechen aber ebenjo einmütig die Hoffnung, ja die Erwartung aus, daß die Gehilfen hier anwesenden Gehilfenvertreter mit der Prinzipalität in der schärfsten Beurteilung des von der Berliner Gehilfenchaft durch den wilden Streik begangenen Tarifbruchs übereinstimmen. Und ich persönlich richte an die Herren Gehilfenvertreter die dringende Bitte, kurz und bündig der Lage entsprechende Erklärungen abzugeben. Sodann habe ich schließlich noch die Pflicht, im Namen der Prinzipalvertreter Einspruch zu erheben gegen die Art und Weise, in welcher das Reichsarbeitsministerium in den Berliner Streik eingegriffen hat, die der bevorstehenden Erhebung der Angelegenheit durch die zuständigen tariflichen Instanzen mindestens unzulässig vorzugreifen geeignet war. Die Prinzipalität spricht an dieser Stelle die Erwartung aus, daß sich so etwas nicht wiederholen werde.

Gehilfenchaft wird hierauf erwidert, daß die Gehilfenvertreter nicht in der Lage sind, zu erklären, daß die Arbeit bereits heute früh in Berlin wieder aufgenommen worden ist. Die Gehilfenvertreter haben bereits in der vorausgegangenen Aussprache mit der Prinzipalität, in welcher über die Berliner Angelegenheit eine Verständigung erzielt worden ist, erklärt, daß dieser sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit technische Schwierigkeiten entgegenstehen werden, und daß es dem Vertreter der Gehilfen, der gestern Abend noch nach Berlin gefahren ist, nicht möglich war, sich in den Besitz des Abkommens zu setzen, das gestern zwischen Vertretern beider Parteien abgeschlossen worden ist; die prinzipalstetliche Partei ist nicht schuldig diesem Abkommen. Daß die Berliner Gehilfen Tarifbruch begangen haben, indem man ohne Inanspruchnahme der tariflichen und Organisationsinstanzen in diese Bewegung eingetreten ist, ist allgemeinlich bereits anerkannt worden. An diesen Vorgängen in Berlin ist aber zum Teil auch das Verhalten der Prinzipalität schuldig. Es muß der Prinzipalität bekannt sein, daß es nicht allein in Berlin brannte, sondern daß Gohlar bestand, daß das ganze Buchdruckgewerbe davon ergriffen werden würde. Man vermisse deshalb eine Anerkennung von Prinzipals-

te, was organschaftslos in diesen Tagen von der Verbandsgeneralversammlung getan worden ist, um diesen Brand zu löschen. Was den Hinweis auf das Reichsarbeitsministerium betreffe, so habe nach Auffassung der Gehilfen das Reichsarbeitsministerium lediglich seine Pflicht getan, nachdem demselben doch bekannt gewesen ist, zu wieviel Malen im Tarifauschuss eine Verständigung unmöglich wurde und das Reichsarbeitsministerium angerufen werden mußte. Die Gehilfenvertretung steht deshalb auf dem Standpunkt, daß das Reichsarbeitsministerium eingegriffen verpflichtet war und daß es auch die Pflicht hatte, Ruhe und Frieden aufrecht zu erhalten. Vorwürfe, die gegen das Reichsarbeitsministerium prinzipalseitig erhoben werden, müßten gehilfenseitig zurückgewiesen werden. Im übrigen macht der Gehilfenredner darauf aufmerksam, daß die Generalversammlung des Verbandes noch während der Beratungen des Tarifauschusses zusammenbleibe. Die Generalversammlung rechne damit, daß die von der Gehilfenvertretung aufgestellte Forderung prinzipalseitig voll und ganz erfüllt werde. Geseheht dies nicht, ist andernfalls die Generalversammlung auch nicht in der Lage, die Verantwortung für das zu übernehmen, was dann eintreten müßte. Überall stehen die Buchdrucker mit ihren Löhnen heute unter denjenigen der übrigen Arbeiterkategorie, und es muß deshalb ein gewaltiger Schritt nach vorwärts getan werden, um diese Differenz einigermaßen auszugleichen; für die Zukunft muß daran festgehalten werden, daß die Buchdrucker bei diesen Lohnveränderungen gleichzeitig der übrigen Arbeiterkategorie folgen. Nach Auffassung der Gehilfenvertretung besteht die Möglichkeit einer Verständigung; man sehe allerdings voraus, daß auch prinzipalseitig das nötige Verständnis dafür vorliegt. Eine Beilegung der Verhandlung sei deshalb nötig und man müsse heute abend wissen, woran man ist.

Prinzipalseitig wird hierauf entgegnet, daß die gehilfenseitige Erklärung zum Teil befriedige, zum Teil nicht. Die Prinzipalität hat nicht Einspruch dagegen erhoben, daß das Reichsarbeitsministerium überhaupt eingegriffen habe, sondern man habe sich nur gegen die Art und Weise gewendet, wie dies geschehen sei. Die Prinzipalität werde ihre Erklärung deshalb schriftlich zu Protokoll geben. Nach der gehilfenseitigen Erklärung sollen anscheinend die Beschlüsse des Tarifauschusses noch der Genehmigung der Generalversammlung des Verbandes unterliegen; das sei eine Unmöglichkeit. Wir sind hier Vertreter der Allgemeinheit und wir können deshalb nicht zustimmen, daß zu den hier gefassten Beschlüssen eine Zustimmung der Generalversammlung des Verbandes eingeholt wird. Die Prinzipalität hat ihre Generalversammlung nicht zusammen, und sie müßte, wenn sie der Gehilfenkategorie folgen wollte, dann erst ihre Kreise befragen. Das sei aus tatsächlichen Gründen ganz unmöglich. Sollte das, was in der Gehilfenkategorie liegt, während der Verhandlung hier drohend über unsern Köpfen schweben, so sollte man dies besser unterlassen. Man könnte von der Prinzipalität nicht verlangen, daß sie ohne weiteres zu den Gehilfenforderungen hier Ja und Amen zu sagen hat. Jede sachliche Verhandlung wäre dann unmöglich.

Der Gehilfenredner erucht die Prinzipalität, nicht wieder den alten Formeltraher hervorzuholen; der benötigte nur kostbare Zeit. Das, was über die Generalversammlung gesagt worden ist, sollte keine Drohung sein. Im übrigen verwarfe er sich gegen den Angriff der Prinzipalität, denn wenn jemand im Tarifauschuss das Recht hätte, wegen Vergehen gegen tarifliche Grundzüge Protest zu erheben, so wäre es die Gehilfenkategorie. Und in diesem besonderen Konfliktfalle, der uns hier beschäftigt, hat das Tarifamt beschlossen, den Ausschuss bereits am 1. Juli einzuberufen; der Vorstoß des Deutschen Buchdruckervereins hat dies verhindert. Wenn die Prinzipalität ihrem Vorhaben das Recht einräumt, Beschlüsse des Tarifamtes unmöglich zu machen, so mag die Prinzipalität sich sagen, daß Tarifänderungen auch auf ihrer Seite liegen. Wäre der Tarifauschuss am 1. Juli zusammengetreten, dann wäre auch der Berliner Konflikt nicht gewesen. Es erscheint deshalb zweckmäßig zu sein, diese Unterhaltung zu beenden und praktische Arbeit zu verrichten.

Ein Prinzipalredner erwidert hierauf, daß man mit dieser letzten Erklärung des Gehilfenredners einigermaßen einverstanden sei. Was nun die Behauptung des Gehilfenredners anlangt, daß der Vorstoß der Prinzipalorganisation den Beschluß des Tarifamtes bezüglich früherer Einberufung des Tarifauschusses durch unberechtigten Einspruch durchkreuzt habe, so müsse er den Vorstoß des Deutschen Buchdruckervereins dagegen in Schutz nehmen, der nur gemäß der von Gehilfenseite in der Tarifauschussbildung vom Mai d. J. abgegebenen Erklärung gehandelt habe, wonach der Tarifauschuss nicht vor Mitte Juli zusammenzutreten solle. Zugegeben sei, daß auch von Prinzipalseite früher insofern gefündigt worden sei, als sie ihre Behauptung im Tarifauschuss von Rückschlüssen bei den Streikern abhängig gemacht haben. Wir bedauern dies und geben auch das Versprechen ab, daß sich dies nicht wiederholen wird.

Der Gehilfenredner entgegnet hierauf, daß der Prinzipalredner sich im Unrechten befinde. Der Prinzipalredner vorstehende des Tarifamtes hat in der Sitzung des Verbandes erklärt, daß die Prinzipalmitglieder den Wunsch hätten, den Hauptvorstand des D. B. V. von der Stellungnahme des Tarifamtes zur früheren Einberufung des Tarifauschusses telephonisch zu unterrichten, daß aber mit der Zustimmung zu rechnen sei und daß es sich höchstens nur um Verhinderung des Termins für den Sonnabendnachmittag oder für den Sonntag handeln könne. Damit war man gehilfenseitig einverstanden, es ist dann aber die Ablehnung der Einberufung durch den Hauptvorstand erfolgt. Die Gehilfenvertretung will hieraus Herrn Dr. Petersmann per-

sonlich keinen Vorwurf machen, aber da man den Gehilfen einen Vorwurf über begangene Fehler gemacht hat, so mußte die Gehilfenvertretung auch die auf der andern Seite gemachten Fehler aufdecken.

Ein weiterer Gehilfenredner erklärt noch einmal die prinzipalseitig vertretene Auffassung über frühere Einberufung des Tarifauschusses für irrig, denn es sei nach dem Protokoll des Tarifauschusses nicht beschlossen worden, daß das vereinbarte Lohnabkommen bis Ende Juli zu gelten habe.

Es wird nunmehr in die Beratung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung

Erhöhung der Feuerungszulage

eingetretet.

Der Gehilfenredner begründet die Forderung der Gehilfen mit dem erheblichen Sinken des Geldwertes und der dadurch hervorgerufenen außerordentlichen Verteuerung der Lebensbedingungen. Die Löhne müßten diesen veränderten Verhältnissen, die sich in geradezu trostloser Weise für die Gehilfenkategorie verschlechtert haben, angepaßt werden. Dementsprechend sei auch die Forderung der Gehilfen bemessen. Bereits in der letzten Ausschussung sei darauf hingewiesen worden, wie der Stand des Lohnes im November v. J. war. Damals war er einigermaßen erträglich. Seit dieser Zeit ist die Gehilfenkategorie mit der Lohnsteigerung gegenüber der übrigen Arbeiterkategorie dauernd zurückgeblieben. Es ginge nicht mehr, daß man stets erst Wochen später der Feuerung durch Erhöhung der Löhne Rechnung trage. Die Gehilfenkategorie fordert 450 Mh. wöchentliche Lohnhöhe für alle Gehilfen; also ohne jede unterschiedliche Behandlung. Mittlere und kleine Städte haben vielfach ähnliche Verhältnisse aufzuweisen wie Großstädte. Der frühere Unterschied zwischen großen und kleinen Städten ist heute nicht mehr vorhanden. Es müßte auch darauf verwiesen werden, daß eine erhebliche Anzahl von Städten in eine höhere Lokalaufschlagstufe zu kommen hätte; das ist in der Zwischenzeit nicht geschehen und es könne deshalb diesem Unrecht nicht noch ein höheres hinzugefügt werden, indem man den Abstand zwischen den Löhnen der einzelnen Orte noch größer werden läßt. Die Generalversammlung des Verbandes habe bewiesen, welch großes Interesse die Gehilfenkategorie an dem Gelingen und dem Fortschritt des Gewerbes nimmt und wie sie bestrebt ist, die Berufstreue zu fördern und die Leistungsfähigkeit des Gewerbes zu heben. Welch große Zahl von Gehilfen ist aus unserm Gewerbe der geringen Löhne wegen abgewandert; zum Teil sind die tüchtigsten Arbeitskräfte für unser Gewerbe dabei verloren gegangen. Das andre Berufs wesentlich bessere Löhne haben, weiß der Gehilfenredner an einer Reihe von Orten und Berufen seines Kreises nach, nach welcher Anstellung z. B. im Juni die Wäcker in Frankfurt a. M. einen Wochenlohn von 1400 Mh., die Brauer von 1300 Mh. und die Metallarbeiter einen Stundenlohn von 32 Mh. erhalten; letztere nach einem Ausbrennen im Metallstreifen. Das das Buchdruckgewerbe solche Lohnhöhen nicht ertragen könne, glaubt Redner damit widerlegen zu können, daß ganz allgemein die gewerbliche Lage, nicht nur im Buchdruckgewerbe, eine gute sei, was auch damit zu beweisen wäre, daß in den letzten zwei Jahren die Konjunktur gegen früher ganz erheblich zurückgegangen sei. Er glaube auch, daß sich von allen Staaten durch seinen Fleiß und seine Arbeitskraft Deutschland eher wie alle andern Staaten wieder erholen werde. Auch hoffe man gehilfenseitig, daß es diesmal möglich sein werde, dem Tarifauschuss wieder seine gewohnten Ansehen zu verschaffen, indem er Beschlüsse fass, die den derzeitigen Verhältnissen wirklich Rechnung tragen. Gemeinsame Schwierigkeiten müßten beseitigt, vor allem müßte die Existenz der Gehilfenkategorie aufrechterhalten werden, da ohne diese das Gewerbe nicht bestehen könne. Die 450 Mh. Mark, welche die Gehilfenkategorie fordern, müßten anschießend an das Unfallabkommen gezahlt werden. Ferner wird eine längere Dauer des Abkommens als auf vier Wochen gehilfenseitig für unmöglich gehalten. Ein Abschluß für längere Zeit ist bei den gegenwärtigen unsicheren Verhältnissen nicht durchführbar. Der Unterschied zwischen Verarbeiteten und Ledigen, speziell bei den über 24 Jahre alten, soll ebenfalls nicht fortgeführt werden.

Nachdem noch ein weiterer Gehilfenredner die Ausführungen des ersten Gehilfenredners unterläßt, wird prinzipalseitig zur Sache ausgeführt, daß gehilfenseitig eingangs der Verhandlungen der Wunsch geäußert worden sei, möglichst wenig zu reden und schnell zu arbeiten. Dazu ist auch der Wille der Prinzipale vorhanden, zumal man anerkennen müßte, daß eine wesentliche Feuerung eingetreten sei. Es könne aber nicht alles unüberprochen bleiben, was gehilfenseitig hier behauptet worden ist. Allerdings glauben wir Prinzipale gelegentlich der letzten Ausschussung zum Ausdruck bringen zu können, daß nach Auffassung der Prinzipalität ein Stillstand der Feuerung eintreten würde. Dies ist leider unterblieben; einmal durch Nichtbewilligung der von Deutschland geforderten Anleihe, und das andre Mal durch den Rattenau-Mord. Diese beiden Umstände haben unser ganzes Wirtschaftsleben schwer geschädigt und die weitere Verteuerung verschuldet. Ferner sei gehilfenseitig gefordert worden, daß man auf dem besten Wege sei, sich überflüssigen Verhältnissen zu nähern. Auch hierüber seien die Meinungen sehr geteilt; ein Teil läßt reichliche finanzielle vertrete diese Auffassung, der andre ist der Meinung, daß es nicht dazu kommen kann und wird, wenn man in Deutschland sich entsprechend dagegen stemmen würde. Daß Not und Elend in den Streifen der Gehilfen herrsche, bestreite die Prinzipalität; sie erkenne aber an, daß es für die Gehilfenkategorie schwer zu leben sei. Die Gehilfenkategorie will nun mit allen andern Gewerben gleichgestellt werden. Das gebe nicht in dem Maße durchzuführen, wie die Gehilfenkategorie dies wünsche. Man müsse

berücksichtigen, daß unser Gewerbe in seinem wesentlichsten Teil ein Lohngewerbe sei. Ferner soll nach der gehilfenseitigen Ausführung die Gehilfenkategorie in ihrem Lohne seit November v. J. dauernd zurückgegangen sein. Die Prinzipalität dagegen vertrete den Standpunkt, daß z. B. die Löhnerhöhungen im Mai und Juni das Geigen der Indexziffer nicht unmerklich überhöhen hätten. Nach der Indexziffer konnten nur 10 Proz. Löhnerhöhung gefordert werden, während die Bewilligung etwa 20 Proz. umfasse. Die Gehilfenkategorie wolle ferner für kleine und große Städte keine unterschiedliche Behandlung; das würde die Prinzipalität sich bei Beratung des Antrages über Berlin und Hamburg vornehmen. Die Prinzipalität sei im Gegenteil der Auffassung, daß die Unterschiede in den Lebensbedingungen der kleinen und großen Städte geblieben seien, wenn auch Verschiebungen stattgefunden haben mögen. Die Forderung unterschiedlicher Löhnerhöhung werde auch damit begründet, daß man es unterlassen habe, die Lokalaufschläge entsprechend der amtlichen Orisisse zu verändern. Prinzipalseitig muß jedoch erklärt werden, daß man davon nicht abgeben könne, kleine und große Städte unterschiedlich zu behandeln; auch an der Stafflung nach den Altersklassen A, B, C müsse festgehalten werden, ebenso an der unterschiedlichen Behandlung der Verarbeiteten und Ledigen. Die Verteuerung des Verbandes, die Fortbildung und Leistungsfähigkeit der Gehilfen zu fördern, werden prinzipalseitig anerkannt; es könne aber nicht verschwiegen werden, daß trotzdem eine Anzahl Gehilfen vorhanden sei, die nicht so arbeite, wie sie arbeiten sollte, und die sich auch dazu nicht entschließen könne, volle Arbeit zu leisten. Es sei ferner prinzipalseitig schon einmal erklärt worden, wie schwierig es sei, die Geldmittel für die dauernde Erhöhung der Betriebskosten zu beschaffen. Die Geldnot wird immer größer, je mehr die Mark fällt. Zur Forderung der Gehilfen von 450 Mh. sei also zusammenfassend zu sagen, daß man nicht anerkennen könne, daß die Lohnhöhe für alle Gehilfen und alle Orte die gleiche sein sollte; auch könne man nicht als Erfüllungstermin den 1. Juli, wohl aber den 10. Juli bewilligen. Auch in der Höhe ist diese Forderung nicht anerkennen. Nach Auffassung der Prinzipale liegt eine Verteuerung von etwa 20 Proz. vor, was eine Löhnerhöhung von 200 Mh. bedingen würde. Redner verweist auch darauf, daß die Glendrucker ab 1. Juli eine Lohnhöhe von 160 Mh. und ab 1. August eine solche von 40 Mh. abgeschlossen hätten. Die Prinzipalität sei bereit, diese Summe zusammenzugeben und 200 Mh. zu bewilligen. Das brauche aber das letzte Wort in dieser Verhandlung nicht zu sein, und es werde prinzipalseitig die Bildung einer Kommission in Vorschlag gebracht, die über die Gehilfenforderung sofort und schnell zu beraten habe.

Gehilfenseitig wird entgegnet, daß man bereit sei, die Bildung einer Kommission vorzunehmen. Man würde aber dann vorschlagen, zwei Kommissionen zu bilden, so daß die eine Kommission die Löhnerhöhung und die andre Kommission die übrigen auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgegenstände vorbereiten könnte. Die Ausführungen des Prinzipalredners bewiesen aber, daß in den Kreisen der Prinzipalität noch immer eine Unklarheit über die Höhe der Löhne der andern Arbeiter vorherrschte. Redner verweist deshalb zunächst einmal auf die Höhe der Bergarbeiter, die jetzt eine Erhöhung von 20 Mh. pro Schicht erfahren haben. Dieser Lohn überschreite erheblich den Lohn der Buchdrucker; daneben sind alle sozialen Zulagen, welche die Bergarbeiter erhalten, ebenfalls erhöht worden. Sogar könne, daß den Bergarbeitern die Kosten frei zur Verfügung stehen, was außerordentlich ins Gewicht falle, wenn man berechne, welche Summen die übrige Arbeiterkategorie für Brennmaterial heute aufzubringen hat. Redner verweist ferner auf die Löhne von städtischen Arbeitern in zum Teil kleinen Orten, und weist nach, daß es sich hierbei um Differenzen handle, die 4 bis 5 Mh. pro Stunde und darüber hinaus gegenüber den Löhnen der Buchdrucker betragen. Wenn unter Gewerbe die Arbeiterkategorie in dieser augenblicklichen Not nicht schätzen kann, dann bricht auch unser Gewerbe zusammen. Man wolle gehilfenseitig, daß die große Differenz zwischen den Löhnen der übrigen Arbeiterkategorie und denjenigen der Buchdrucker nicht in einer Sitzung beseitigt werden könne, aber es müsse dieser Erfüllung näherkommen werden. Weiter habe die Gehilfenkategorie darauf aufmerksam zu machen, daß der Reichskanzler sowohl wie der Reichsarbeitsminister in den Tagen des Berliner Konfliktes ausgesprochen haben, daß die Lohnhöhe im Buchdruckgewerbe, weil nicht angemessen, nicht aufrecht zu erhalten sei; das verdiene doch entsprechende Beachtung auch auf Seiten der Prinzipalität. Zur Kommissionsverhandlung sei man gehilfenseitig bereit, wenn auf der andern Seite der gute Wille zur Verständigung vorhanden sei.

Prinzipalseitig wird auf die letzten Ausführungen des Gehilfenredners erwidert, daß es der Prinzipalität leider nicht vergönnt gewesen sei, mit dem Reichskanzler zu sprechen, und daß derselbe nur für die Arbeitnehmer zu haben gewesen wäre, aber nicht für die Arbeitgeber. Wenn der Reichskanzler die hier von Gehilfenseite behauptete Erklärung abgegeben habe, dann hat er dies getan, ohne die andre Partei zu hören; aber beide Seiten haben wohl nicht ausgesprochen, daß 450 Mh. zu bewilligen seien, um den Lohn auf eine angemessene Höhe zu bringen. Gegen die Bildung einer zweiten Kommission müßte man sich aussprechen, während man für die erste Kommission acht-Mitglieder von jeder Partei vorschläge. Nachdem gehilfenseitig der Vorschlag zur Bildung einer zweiten Kommission nochmals empfohlen und damit begründet wird, daß es sich für die zweite Kommission darum handeln könnte, zu grundsätzlichen Fragen Stellung (Fortsetzung in der Beilage)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummer 50 Pfennig. Portobetrag für die Zustellung extra. Vorauszahlung Bedingung.

Beilage zu Nr. 81 — Leipzig, den 15. Juli 1922

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Sammelblatt.)

zu nehmen und die Behandlung derselben für die Auszubildenden vorzubereiten, ist man prinzipiell der Meinung, daß eine solche zweite Kommission keinen Wert habe, und daß mit der Verständigung über den ersten Punkt der Tagesordnung sich auch sehr leicht eine Verständigung über die übrigen Beratungsgegenstände werde erzielen lassen. Schließlich bleibt es bei Bildung der einen Kommission, die sofort ihre Beratungen aufnimmt. In diese Kommission werden delegiert von Prinzipalseite die Herren Otto, Weh, Dr. Woeisch, Städel, Friedrich, v. Swed, Mehel, Schölem, Frisch; von Gehilfen Seite die Herren Geis, Kraus, Bertram, Tränert, Bucher, König, Klein, Albrecht, Schaeffer. Außerdem nehmen die beiden Vorsitzenden und der Geschäftsführer des Carlilams an der Verhandlung teil.

Das Plenum tritt nachmittags 4 Uhr zur Entgegennahme des Kommissionsberichts zur weiteren Verhandlung zusammen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Korrektoren.) Die Kollegen, die den Extrabetrag von 10 Mk. noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, diesen umgehend an Kollegen Rudolf Wehrich, Berlin O 34, Petersburger Straße 38a, einzuliefern. — Bei der Berichterstattung über den Korrektorenlohn in Nr. 76 des „Korr.“ vom 4. Juli muß es in der dritten Seite bei Berlin nicht 2, sondern 4 Vertreter heißen.

Wien. (Rheinisch-Westfälischer Korrektorenverein.) Am 28. Mai tagte in Wien unter zehnteiliger Tagespräsidentenversammlung, zu der die Bezirksgruppen Weisfeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Essen Vertreter entsandt hatten. Erklärungen waren ferner die Vorsitzenden des Bezirksvereins Wien und des Gauverein Rheinland-Westfalen der Maschinenlehrevereine sowie die Vertreter der Gau-, Bezirks- und Ortsleitungen des Verbandes. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand die Neuauslegung des § 69 des Tarifs, die Entlohnung des Korrektors betreffend, die sich nunmehr bekanntlich auf dem Maschinenlehreminimum aufbauen soll. Aus der Berichterstattung der Bezirksgruppenvorsitzenden ging hervor, daß die Durchführung dieser Neuauslegung inwieweit noch Schwierigkeiten macht, die allerdings bei Anwendung der Schiedsgerichte überwinden werden, so daß das Maschinenlehreminimum als Mindestlohn gewährt werden muß. Schwieriger gestaltet sich bei den Korrektoren, die bisher auf Grund ihrer Leistungen Maschinenlehreminimum und darüber erhielten, die flüchtigere Durchführung der Neuauslegung. Zu der einzig richtigen Forderung, daß auch diesen ein entsprechendes Mehr, und zwar logischerweise der Betrag, den sie bisher über das Maschinenlehreminimum verdienten, gezahlt werden müßte, konnte sich nur ein kleiner Teil der rheinisch-westfälischen Prinzipale durchringen; im Gegenseite zu anderen, die diesen Standpunkt als richtig anerkennen. Zur Tarifrevision wurden die vom Berliner Korrektorenverein bekannten Vorschläge aufgegeben. Geblieben wurde lediglich Punkt 2, obgleich die Verammlung die Wichtigkeit gerade dieses Punktes auch nicht verbannte. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die Höchstleistung des Korrektors — wegen der Verschleuderung der zu erledigenden Arbeiten — auf keinen Fall im Sinne des Urtrags 2 schematisiert werden könne. Hingegen wurde den Berliner Vorschlägen ein weiterer Punkt, der auch den „Ausübungs-korrektoren ein entsprechendes geübliches Mehr sichern soll. Die Festsetzung des Logungsorts für 1923 wurde dem Vorstand, der einstimmig wiedergewählt wurde, überlassen. Die Massenverhältnisse sind „selbstgemäß“. Eine Neuregung des Betrags wurde insofern vorgenommen, als den Bezirksgruppen die Höhe des Betrags überlassen wurde; lediglich die an den Gau und die Zentralkommission zu leistenden Anteile wurden pro Mitglied und Vierteljahr vom 1. Juli an auf 6 Mk. festgesetzt. Eine Anregung zu gemeinsamen Beratungen, Vorträgen usw. der Maschinenlehre und der Korrektoren fiel auf fruchtbaren Boden. Eingeleitet wurde die Tagung durch eine Dombestimmung, während im Anschluß an den geschäftlichen Teil bei gegenseitigem Wellkommenfein der rheinische Humor zu Worte kam.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Neue tarifmäßige Lohnabstufungen. Neue Lohnabstufungen enthaltend die Löhne für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Lehrlinge. Sind vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 43, Friedrichstraße 239, zum Preise von 6 Mk. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postfachkonto Nr. 85058 Berlin NW 7.) Vorberichtigende Entsendung des Betrags der Einschaltel halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohn-

tabellen allen Kollegen, zumal die früher üblichen Verlöhnungen der von uns selbst berechneten Lohnsätze auf Widerspruch getroffen sind, so daß wir von deren Fortführung zunächst Abstand nehmen müssen.

Tarifkonflikte. (Berichtigung.) Die in Nr. 75 des „Korr.“ gebrachte Notiz über Tarifkonflikte entspricht nicht den Tatsachen. Die Druckerei C. V. Scheller in Weblau geht nach wie vor der Tarifgemeinschaft an und zahlt tarifliche Löhne. Es bestehen zur Zeit keinerlei Konflikte. Scheller, Weblau. — Nach unseren Informationen entspricht diese Berichtigung nicht ganz den Tatsachen. Es sind aus der Streikbewegung in Ostpreußen auch bezüglich der Druckerei C. V. Scheller in Weblau noch Differenzpunkte vorhanden, vor deren Erledigung noch einer reiflichen Beilegung sogenannter Tarifkonflikte keine Rede sein kann. Das frühere und bisherige Verhalten des Herrn Scheller in dieser Frage ist nicht dazu angefallen, Stellungnehmenden Gehilfen die Annahme einer Konfliktion in Weblau zu empfehlen.

Nachahmenswerte Beispiele. Bemerkenswerterweise hat eine große Anzahl Firmen die Notlage der Buchdruckergehilfen bei den fortwährend steigenden Preisen für Nahrungsmittel und notwendige Gebrauchsgegenstände durch Zahlung einer weiteren Feuerungszulage anerkannt. Da aber Vergeltungsmassnahmen seitens der Prinzipalorganisationen an einschlägigen, sozialgerichtlichen Prinzipalen zu befürchten sind und deshalb ersucht wurde, die neuen Zulagen oder Bezüge von Ausfall gebelmsubhalten, sehen wir von namentlicher Benennung der betreffenden Firmen ab.

Messeprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer zu Harburg bestand Kollege Harry Ortmoöl aus Celle die Messeprüfung.

Otto Buchs +. Die deutschen Maschinenlehre haben einen schweren Verlust erlitten. Am 2. Juli ist der Kollege Buchs, vor dem Älteste Vorstandsmittglied im Brandenburgischen Maschinenlehreverein und der Zentralkommission der Maschinenlehre, im Alter von 46 Jahren einem langwierigen Lungenerleiden erlegen. Als Begründer und während mehr als zehnjähriger Redaktionsmitgliedschaft an den „Technischen Mitteilungen der Maschinenlehre“ hat er ein großes Verdienst an dem hohen Stande der technischen Fortbildungsbefreiungen der Maschinenlehre. Als nach Kriegsende ihn das Vertrauen der Belegschaft der Firma Rüdiger, Malle auf den Posten als Betriebsvorstand übernahm, hat er es verstanden, durch sein korrektes und maßvolles Verhalten sowie durch gute Kameradschaftlichkeit sich das uneingeschränkte Vertrauen und die Achtung seiner Mitarbeiter zu erwerben. Ehre seinem Andenken!

Die neuen Lohnzulagen im Lithographie- und Stein- druckgewerbe. Die Unternehmer im Lithographie- und Stein- druckgewerbe sowie verwandten Berufszweige haben eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung anerkannt und sich zu freilich immer noch unzureichenden Zugeständnissen bereit erklärt. Es werden auf die bisherigen Löhne ab 1. Juli neue wöchentliche Feuerungszulagen von 130, 135, 140, 145, 150, 160 und 170 Mk. gezahlt. Der Gesamtlohn betragt danach jetzt:

Proz.	in Orten mit einem Gehilfenzulage von	Aller-Klassen			
		im ersten bis zum 21. Jahre	von 21. bis 24. Jahre	über 24 Jahre	über 24 Jahre
0	a) in Betrieben mit 20 Gehilfen	839	Verb.: 866,50 Lohn: 851,50	924,75 909,75	1035,00 1020,00
0	b) in Betrieben über 20 Gehilfen	844	Verb.: 871,50 Lohn: 856,50	929,75 914,75	1040,00 1025,00
7 1/2		861	Verb.: 889,5 Lohn: 874,25	948,88 933,88	1059,50 1044,50
15		909	Verb.: 938,00 Lohn: 923,00	998,00 983,00	1109,00 1094,00
20		941	Verb.: 970,50 Lohn: 955,50	1030,75 1015,75	1142,00 1127,00
25		943	Verb.: 973,00 Lohn: 958,00	1033,50 1018,50	1145,00 1130,00

Dazu kommt noch ab 1. bis 15. August eine Wochenzulage von je 40 Mk.

Neue Lohnzulagen für Chemiaraphen, Lith- und Kupferdrucker. Durch Vereinbarung sind ab 1. Juli weitere wöchentliche Feuerungszulagen festgesetzt worden für Gehilfen unter 21 Jahren 140 Mk., von 21 bis 24 Jahren 150 Mk., über 24 Jahre 170 Mk. Vom 1. bis 15. August erfolgt eine weitere wöchentliche Zulage von je 40 Mk.

Eintigung im Bankgewerbe. Durch Erhöhung der Feuerungszulagen um 100 Punkte für Juli und August sowie sofortiger Auszahlung der erst im Dezember fälligen Jahresarbeitslohn sowie Auszahlung von Ertragsanteilen an Verheiratete in einer Summe in Höhe von 150 Prozent der bisherigen Kinderzulagen, kam es im deutschen Bankgewerbe zur Eintigung. Die vom Reich gezahlten Übervermerkungszulagen sollen außerdem im Juli in dreifacher Höhe an über 25jährige und in zweifacher Höhe an unter 25jährige weibliche Angestellte zur Auszahlung gelangen. Im Bankgewerbe hat sich das Unter-

nehmen einmütlich gezeigt. Kassenmäßig gelebt es auch im Buchdruckgewerbe.

Wilde Gerüchte über Demonstrationstreks. Die wiederholte Demonstration am 4. Juli zu dem Zweck, den gewerkschaftlichen Forderungen zum Schutze der Republik mehr Nachdruck zu verleihen, hat die Handlanger der Reaktion das Gerücht aussprengen lassen, daß jeden Dienstag Demonstrationstreks stattfinden soll. Es ging von Mund zu Mund und in den bürgerlichen Blättern konnte man die „gruselige Botschaft“ lesen. Auch das Organ Stegerwalds „Der Deutsche“ brachte unter sensationeller Überschrift eine längere Notiz, in der die Behauptung aufgestellt wird, daß auch in den Reichsverkehrs- betrieben eine lebhatte Propaganda für einen neuen Demonstrationstreks entfaltet wird. Als Urheber werden die freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbände bezeichnet. In dieser Darstellung, wie an allen andern Gerüchten, ist natürlich kein einziges Wort wahr.

Bombenanschlag auf das Mannheimer Volkshaus. Wieder ist ein Missetat auf ein Arbeiterheim ausgeführt worden, ohne die Täter bis jetzt zu ermitteln. Das Volks- haus in Mannheim wurde durch Bombenanschlag schwer beschädigt. Erste Verletzungen oder gar Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Die zur Zeit des Anschlags, in der ersten Stunde abends, noch anwesenden wenigen Besucher konnten sich, wenn auch geringfügig verletzt, auf die Straße flüchten. Die Fenstergehänge sowie alles im Innern bis auf die Steinwände ist zerstört.

Anschläge auf ober-schlesische Zeitungsdruckeren. Der nationalsozialistische Volenterror in Oberschlesien treibt ebenso wie die dort gebaute deutschnationale Überplanung absonderliche Blüten. In der Nacht zum 6. Juli wurden in Katowitz gegen die „Katowitzer Zeitung“, „Volks- wille“ und „Ostdeutsche Morgenpost“ Handgranatenanschläge verübt. Die Fenstergehänge wurden zerstört und ver- schiedenes Druckmaterial vernichtet. Auch gegen die Zeitungsdruckerinnen macht sich der Volenterror bemerkbar. Man lauert sie auf, verprügelt sie und vernichtet die Zeitungen. In Gleiwitz wurde in der Nacht zum 7. Juli die Druckerei der „Oberschlesischen Rollen Fabrik“ vom deutschnationalistischen Elementen demoliert. Dabei wurden auch zwei Kollegen unternstlich mißhandelt. Die Zeitung kann vorläufig nicht erscheinen. Hierbei besteht die Gefahr weiterer Ausschreitungen von Selbstmördern der Re- aktion.

Verschiedene Eingänge

„Deutscher Buch- und Stein- drucker.“ 28. Jahrgang, Heft 8, Mai 1922. Diese Sondernummer ist dem „Stein- und Dru- ck“ gewidmet. In einem reichhaltigen Vorwort von Ernst Herdt wird die Entwicklung von ersten Stein- bis zum indirekten (Offset-) Druck behandelt; die fähigere und heulige Bildübertragung und Bild- erzeugung von Gelehrter Abbild und die Entwicklung des Manu- drucks von Ernst Böhm. Der Leser wird mit verschiedenen Gr- undungen und Neuerungen bekannt gemacht. Auf den Beilagen- schmuck ist noch besonders aufmerksam gemacht. Das Heft wird einzeln, sowie die Auflage ausreicht, für 35 Mk. (vollständiges Aus- land 100 Mk.), abgegeben. Jahresbespreis: 240 Mk., direkt 300 Mk., Ausland 500 Mk. Verlag Ernst Böhm, Berlin SW 61, Teltower Straße 32.

„Die Neue Zeit.“ Wochenblatt der deutschen Soldatendemo- kratie. Nr. 11-14, 40. Jahrgang, 2. Band. Einzelpreis 2,50 Mk., Viertel- jährlich 32,50 Mk. Verlag von G. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.

„Der Naturarzt.“ Heft 6 und 7, 50. Jahrgang, Monatlich ein Heft. Bezugspreis jährlich 20 Mk., Einzelnummer 1 Mk. (Mitglieder des Deutschen Bundes der Naturheilvereine gratis). Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

„Verband der Buchbinder und Papierearbeiter Deut- schlands.“ Bericht des Vorstandes über das Jahr 1921. Selbstverlag. „Arten-Kassette des Reichsrecht.“ Ein Erklären des Reichs- rechts in Kartellform. Heft 44/45 und 46/47. Vereinsvorsitzenden und Funktioniäre sowie Betriebsräte lesst die Kartensammlung gute Dienste. Die Karten werden durch Nachträge über alle Neue- rungen und Veränderungen der Gesetze stets ergänzt; man erspart dabei die Anschaffung vieler rasch veralteter Einzelbände und Kommentare. Seine vollständige, leichtverständliche Darstellung macht es schließlich für jedermann nutzbringend. Preis jedes Heftes 2,40 Mk. Volksverlag für Wirtschaft und Recht, Stuttgart, Pfaffen- 5.

„Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.“ Feststellungen über Arbeitslohn, Ehre und Mitgliederzahl in den Jahren 1885 bis 1920. Im Selbstverlag, Hamburg 1922.

Gestorben

In Breslau am 10. Juni der Seherinvalide Edward Senft von dort — Schlagaberrückung.

In Bonn am 23. Mai der Seher Friedrich Grimm aus Neuburg a. d. W., 45 Jahre alt — Anginalschlag.

Briefkasten

C. C. in Rudwigsberg, S. J. in Hellingen, M. M. in Bernau, Chr. Sch. in Pöhlitz: Berichte betrachten wir als er- ledigt durch die Beilagen der Generallieferanten resp. des Tarif- ausschusses. M. J. in S.: Dank und Gruß. — S. M. in Tekt.: 15 Mk.

□ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 51.
Fernsprecher: Amt Surfürst, Nr. 1191.

Caasfeld. Die Kollegen werden gemäß vor dem angebliehen Ceger Antonio R. e. h. i. aus Wien, 19-20 Jahre alt, der sich unter der Angabe, daß ihm auf der Fahrt nach Berlin von Bamberg sein Überzieher mit der Briefkassette im Eisenbahnwagen gestohlen worden sei, er Konfliktion in Berlin antreten möchte, die in Caasfeld

von der Ortsvereinskasse 100 Mk. erschwändelte. Auf sofort eingehaltene Grundung stelle ich heraus, daß keine Angaben auf Inhaberschaft beruhen. Falls irgendein Funktionär oder Kollege den Wilsons Recht kennt oder seinen Ausweis besitzt, bitten wir um Nachricht an H. Wand, Gasse 6 a. d. E., Sonnenberger Straße 3.

Adressenveränderung

Wissenschaften. Vorsitzender: Max Sternwein, Gröbnerstr. 4b III, Brandenburg. (Zeitung und Ort.) Vorsitzender: Fritz Winter, Gröbnerstr. 6.
Eyhl. (Zeitung und Ort.) Vorsitzender: Franz Witt, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
Neubrandenburg (Meißel). Vorsitzender und Kassierer: Karl Panhow, Poststraße 21 pl.
Neurode. Vorsitzender: Paul Müller, Marienlauben 10; Kassierer: Hugo Kuffert, Verbindeungsstraße (Sohnzollern).
Ohreudr. (Zambach). Vorsitzender: Karl Sellbach, Ohreudr., Reinhardtstr. Straße 42.

Verammlungskalender

Mecherleben. Versammlung Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Beehorenhaus“ (Zimmer 5).
Chemnitz. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Goldenen Engel“, Schopauer Straße 1a.
Kasseler. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juli, im Vereinslokal.

Potsdam. Versammlung Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Prall“, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Kositz. Versammlung Mittwoch, den 19. Juli, im kleinen Saale der „Philharmonie“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedriehstraße 239
 Briefadresse: z. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Offter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 31. August 1921.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- II. Kreis. Bonn: „Athena“-Annoncenexpedition Johannes Finzer. - Dillingen (Saar): Spindlerbrud. G. m. b. H. - Köln: Fuß, Joseph. - Kranz, Kranz Zeitungsverlag, G. m. b. H. - Kreisfeld: Großschloßbruderei und Verlagsanstalt, e. G. m. b. H.
- IV. Kreis. Grünhald (Pfalz): Reilmayer, J. (Jahod Reilmayer). - Rebl a. Rh.: Schmann, Wilhelm. - Ravensburg: Sulm, Gebrüder (Wilhelm Sulm).

V. Kreis. Stadthaus bei Regensburg: Mayr, J. & A. (Stark und Albert Mayr).
 VII. Kreis. Söbendorf (Bez. Chemnitz): Zimmermann, G. - Rodewisch l. B.: „Rodewischer Nachrichten“ (Alexander Georg Schick).

VIII. Kreis. Berlin: Kunze, Bernhard; Meißner, Ch.; Wittig, Karl. - Charlottenburg: Buchdrucker „Victoria“ (Joh. Untermyer und Moses Eidor).
 XII. Kreis. Pilsen: Boettcher, G. S.

Aus dem Verzeichnisse der tarifstreuen Buchdrucker sind folgende Firmen:

- Kreis I. Buchdruckerei Gutenberg, R. Brettkorff in Bremerhaven.
- Kreis II. Buchdrucker Franz Kemppe in Köln.
- Kreis V. Buchdrucker Egger, Siller & Böger in Gloggnitz, l. B. - S. Kiemer in Gloggnitz, l. B. - W. Siller in (Valentin Bog) in Neumarkt (Oberpfalz). - W. Gröschner in Nürnberg. - Anton Eichler (S. Karls Nachf.) in Wiesbaden a. D. - Paul Hildebrandt in Wundtschleichenbach.
- Kreis VI. Buchdrucker Alfred Barfels Nachf. (Inhaber Karl Jacob) in Halle a. d. E.
- Kreis XI. Buchdrucker Hillmann & Co. in Altkarben. - Wilhelm Stiffel & Co. (Inhaber Alfred Neugebauer) in Kolbus. - Emil Goiz in Schlochau, Wer.

Berlin, 23. Juni 1922.
 J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Berliner Korrektorenverein

Sonntag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44:

Halbjahrsversammlung

Tagesordnung: 1. Neuauflnahmen. 2. Bericht des Vorstandes. 3. a) Bericht über den Korrektorenrat in Leipzig; b) Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Leipzig. 4. Beitragsverböhung. 5. Vereinsmitteilungen. 6. Verschiedenes.

Die Vorstandssitzung findet pünktlich um 5 Uhr nachmittags statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Teilzahlung
 Gegründet 1908. Gute Waren zu soliden Preisen! Rückzahlungsrat bei Nichtgefallen!

Katalog
 mit 1500 Abb. kostenfrei
 Uhren, Goldwaren, Regalutro, Wacker, Haushaltsartikel, Kinder- und Letterwagen, Lederwaren aller Art, Koffer, Rucksäcke, Schirme, sämtliche Musikinstrumente, Photo-Spezialkatalog, praktische schenke.

Jonass & Co. Berlin B 407
 Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Schriftgießer

für Blöckerische Schnellziehmaschine in dauernde Stellung gesucht.
 1711 Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Berlin!

Zwei in weltlichem Vororte von Berlin wohnende verheiratete

Linotypefeger

mit guter Allgemeinbildung, erste Kräfte in bezug auf Leistung und Maschinenkenntnisse, 14- bzw. 12jährige ununterbrochene Praxis, in ungehindigter Stellung, suchen in Berlin dauernde Stellung (am liebsten als alleinige, jedoch nicht Bedienung). Eintritt nach Vereinbarung.
 Offerten mit Gehaltsangaben unter Nr. 162 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erben.

Linotypefeger

bleibe nur in ersten Firmen tätig, ruhiger, korrekter Arbeiter bei hohen Leistungen und vollständiger Maschinenkenntnis in sämtlicher Modelle sowie elektrischer Stellung (früher selbständiger Monteur und Mechaniker), zehnjährige Praxis, 29 Jahre alt, sucht angenehme, gutbezahlte Lebensstellung, eventuell als erster Maschinenfeger in modernem Betriebe der Platz oder Seargebiet.
 Off. Offerten mit Gehaltsangabe erben unter Nr. 164 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8.

Leiden Sie an Blutarmut u. Nervosität?
 Biochemische Blutgefäßkur sind das natürlichste Heilverfahren gegen Nervenkrankheiten aller Art, wie gegen Herz-, Magen- und Darmleiden, Hals- und Lungenleiden, Rheuma, Migräne, Leiden der Wechseljahre, Frauenleiden, Manneschwäche, Appetit- und Schlaflosigkeit, Blutarmut, Blieschicht, Weisfluß, Sautschüden und Sautauschläge, Angustzustände, heftige Verarmung, Kopfschmerzen sowie krankhafte Aussehen usw. Gesundes und gefülltes Blut bewirkt jugendliches, blühendes Aussehen, verleiht rosiges Teint, nicht kalten, feinen, Schminken usw. können lösen machen, sondern die Gesundheit bei all der Arbeit aller Schöndheit. Schön sein heißt gesund sein. Auch für Geburde zur Vorbereitung von Krankeleiden sehr zu empfehlen. Jedes Jahr einmal eine Blutgefäßkur verleiht Krankeleiden aus dem Hause. (Keine Pillen, Pulver, Tabletten, leicht einzu nehmen.) Der Verband geföhrt durch eine privilegierte Apotheke per Nachnahme oder Voreinsendung. Preis 40 Mk. zuzüglich Porto und Verpackung. Biochemisches Institut (Rofe), Hamburg 11, B 121. 128

Bandwurm und Würmer. woran fall die halbe Menschheit leidet, entfernt schnell und sicher ohne Berufsstörung und Hungerkur Wurm-Rofe, Hamburg 11 a 121. Spezial gegen Wurmliden. Verlangen Sie Auskunft gegen 3 Mk. in Markenheinen. 18

Zur Erzielung einer ruffähigen Abstellung wird für eine Stadt in der Nähe Berlins ein der ruffähigen Sprache vollkommen mächtiger
füchtiger Schriftfeger
 (möglichst Russ) gesucht, der auch andre deutsche Seher anstellen kann. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsforderung unter Nr. 138 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erben.

Typographfeger
 für Modell B. Koll, selbständig, guter Maschinensfeger für 1. August in gutbezahlte Dauerleistung gesucht. Offerten erben an „Nordwestdeutsches Schp“, Bremen, Kleine Fischerstraße 19.

Geschkaffiger, flechtamer
Maschinenmeister
 für feinere Padungen, Asten und Beutel sowie Abzindendruck in dauernde Stellung gesucht. Verselbe muß guter Maschineneiker und in der Lage sein, die vorhandenen Maschinen und das Material rationell zu verwenden sowie Erfahrung im Abkühlen und Abziehen von Farben haben. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen an Karl Trautwein, Großbetrieb für Papierverarbeitung, Bruchsal, 158

Maschinenmeister
 tüchtig und erfahren im feinsten Katalog-, Autotypie- und Farbendruck, in angenehme Dauerleistung gesucht. Angebote mit eignen Trudmüllern, Angabe des Alters und der Wohnanprüchen an Schafes Druckereien, Wehlar, 155

30 Maschinenmeister und 5 Typographfeger
 (Modell A und B) für dauernd und zur Zuschille stellen sofort ein
 Seife & Becker, Leipzig, Eisenburger Straße 4-6, 173

Wintelhaken. Neuzüchter, auch an Wiedererzüchter. O. Diehl, Stuttgart, Ludwigsstraße 96.

Maschinenband, Messingbenzinkanen, Kolonnenfchnur, Einziefaden, Auslesefäden für Schnellpr.
 Bezner & Wolf, 101 Daffelber, Graf-Adolf-Straße 112.

Wie soll ich Format machen
 und Formen schneiden? 154 gebunden, 24 Mk. postfrei. „Möblich“-Nr. 156 12. Neue Fertigung für Satz und Druck n. Propriet. Zulassung kostenfrei. W. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 3.

Mandolinen, Lauten
 Harmonikas und jedes andr. Musikinstrument gut u. billig. Preisliste frei. Max Dörfel, Klingenthal i. S. 15.

Suche einen Kollegen
 im Alter von 18 bis 20 Jahren, welcher Interesse für die Natur hat, zu Sonntagswanderungen in Leipzig aus. Off. Offerten unter E. E. 159 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erben.

Der Inzeratenakquisiteur
 Ein Handbuch für Theorie und Praxis. Von E. Föllinger. 25 Mk. postfrei durch S. Siegl, München 9.

Am 10. Juli verchied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unter lieber Kollegen, der Seher [168]
Franz Surkiewicz
 im 70. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen der Firma G. H. Brockhaus, Leipzig.

Am 2. Juli verstarb im Kreis-krankenhaus Wernigerode nach langem, schweren, im Freize zugegangenen Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenfeger

Otto Fuchs
 im 46. Lebensjahre. [160] Mit dem Dahingeshlebenden, der mehrere Jahre erster Vorsitzender unres Betriebsrats war, ist ein aufrechter Kollege von uns gegangen, dem wir für alle Zeiten ein ehrendes Andenken bewahren werden.
 Die Kollegen der Maschinenfeger der Firma Rudolf Mosse, Berlin.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, die Kollegenschaft von dem Ableben unres lieben Kollegen, des Seherinvallden
Fritz Drewes
 in Kenntnis zu setzen. Wir werden unserm lieben Frühling ein treues Andenken bewahren, ist er doch auch einer von unsern alten Kämpfern.
 Orts- und Bezirksverein Neustadt.

Schweizerdegen
 22 Jahre alt, lebig, gleich tüchtig in Satz und Druck, sucht Stellung in
Leipzig
 eventuell auch als Seher. Wohnort unbekannt. Off. Angebote unter W. S. 166 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Jünger, 19-jähriger
Schweizerdegen
 in selbstgeköndigter Stellung, wünscht sich zu verändern. Mitarbeit an eventuell vorhandener Stellung erwünscht. Volkshochschule befehcht.
 Off. Offerten unter R. S. 136 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erben.

Wo
 könnte sich tüchtiger, erfahrener
Schriftgießer
 als
Monotypgießer
 ausbilden lassen?
 Werke Angebote mit Bedingungen unter Nr. 163 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, 163

Bierzipfel, Couleurbänder
Buchdruckerhilfen
Schlips- u. Verbandsnadeln
Werkzeugkasten verführbar, für Maschinenfeger u. Seherempf. bei Qual. Kollege Max Boltz, Leipzig-Schleierh. Jann-Str. 511. Preisliste gratis. 1168

Zeitung- und Abzindenzfeger
 lebig (möglichst Oberfischer), für sofort gesucht. Es wird auf erste Kraft reflektiert. [161]
 Bewerbungen mit Zeugnissen an „Volkshochschule“, Rosenbergr (D.-S.)

Typographfeger (A)
 in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Buchdruckerei B. Meyerheim, Brandenburg (Havel). 172

Zwei tüchtige
Buchdruckmaschinenmeister
 für Illustrations- u. Buchdruck gesucht. Buchdruckerei Bald & Krüger, Magdeburg. 137

Schriftfeger
 in allen Scharen bewandert, sucht angenehme Stellung, am liebsten, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich an der Schmalzdruck auszubilden. Angebote erbitte G. Schmann, Schweier i. M., Wallstr. 151.

In Leipzig wünscht sich tüchtiger Seher, 32 Jahre alt, verheiratet, als
Korrektor, Faktor
 oder in irgendeine andre
Vertrauensstellung
 (auch in das Montor) zu verändern. Angebote mit Bedingungen unter Nr. 165 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erben.

Jünger Typographfeger
 5-jähr. Praxis, perfekt an all. Modellen, sucht in Leipzig Stellung in Tagesfchrift. Am liebsten, als alleinige. Off. Angebote an H. L., Leipzig-N., Joserstraße 64 III I.

Buchdrucker
 Meister im Drei- und Vierfarbendruck, hervorragender Zeichner und Entwurfer seiner Abzindenzeln, im Satz nicht unerfahren, wünscht sich entsprechend nach Leipzig zu verändern.
 Off. Offerten unter Nr. 170 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erben.